

# Volkswille

Anzeigenpreis: 1/4 Seite 3,75, 1/2 Seite 7,50, 3/4 Seite 11,25, 1 Seite 15, 1/2 Seite 30, 1/4 Seite 60, 1/2 Seite 120, 1 ganze Seite 240 — Foto, Familienanzeigen und Stellensuche 20% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 gepaltene mm Seite 0,60 Zl. von außerhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 3. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

## Senatsmarschall Szymanski bildet die Regierung

Der Auftrag des Staatspräsidenten — Szymanski will es mit dem Sejm versuchen — Eine deutliche Erklärung Pilsudskis — Der Regierungsblock droht dem Sejm

Warschau. Staatspräsident Moscicki hat den dem Regierungsblock angehörenden Senatsmarschall Dr. Szymanski mit der Kabinettsbildung betraut.

Warschau. Der Senatsmarschall Professor Dr. Szymanski hat den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen und bereits am Dienstag Abend eine Besprechung mit Professor Bartel gehabt.

Dr. Szymanski ist Augenarzt und Professor an der Universität Wilna. Seinem politischen Bekenntnis nach gehört er zu den überzeugten Pilsudskisten und steht angeblich der Oberstengruppe nahe.

### Eine politische Ueberraschung

Warschau. Die Uebertragung der Kabinettsbildung an den Senatsmarschall Szymanski durch den Staatspräsidenten hat in politischen Kreisen eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen. Man war allgemein der Ansicht, daß der Staatspräsident die Regierungsbildung einer Persönlichkeit übertragen wird, die die Gewähr bietet, daß die Gegensätze zwischen Regie-

runge beziehungsweise Pilsudski und dem Sejm überbrückt werden. Bei der Unterredung des Staatspräsidenten mit dem Senatsmarschall hat dieser zum Ausdruck gebracht, daß es recht wohl noch Möglichkeiten gebe, ein Kabinett zustande zu bringen, welches dem Sejm genehm sein wird und dadurch die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament ermöglicht. Nach welcher Richtung sich der Senatsmarschall dieser Mission entledigen will, ist allerdings unbekannt. Am Mittwoch wird Szymanski keinerlei Schritte unternehmen, da er diesen Tag für sich als einen Ehrentag für Pilsudski betrachtet. Es besteht bei ihm die Absicht, sich zunächst mit dem Sejmklub in Verbindung zu setzen und nachträglich die Auswahl der Persönlichkeiten treffen, die für die neue Regierung in Frage kämen. Die erste Unterredung ist mit dem Ministerpräsidenten Bartel erfolgt, deren Ausgang indessen unbekannt ist. Man glaubt, daß ein Teil der bisherigen Minister im neuen Kabinett vertreten sein werden. Der Senatsmarschall untertrifft gegenüber Pressevertretern seine Meinung, daß er die Absicht habe, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden. Der Eingriff seines Parteiklubs macht indessen diese Annahme unwahrscheinlich.

### Die Obersten in Front!

Die Warschauer Regierungskrise hat in den letzten vierundzwanzig Stunden eine ungewöhnliche Verschärfung erfahren, wenn auch die Uebertragung der Regierungsbildung an den Senatsmarschall Szymanski als der letzte Versuch zur Zusammenarbeit des Sejms mit der Regierung gedeutet wird. Marschall Pilsudski, dem vom Staatspräsidenten zunächst die Mission der Kabinettsbildung übertragen oder wenigstens angeboten wurde, hat abgelehnt, in dessen mit aller Klarheit hervorgehoben, daß er dem Staatspräsidenten jederzeit zur Verfügung stehe, wenn die Mission bei anderen scheitern sollte. Die Betrauung des Senatsmarschalls mit der Kabinettsbildung ist nicht ohne Einfluß oder Empfehlung von Pilsudski erfolgt, der ja seinen Standpunkt zur politischen Situation in Polen in einem Artikel dokumentiert hat, auf den wir leider in diesem Zusammenhang nicht eingehen wollen. Denn die Anschauungen des Marschalls lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und sind selbstverständlich gegen den Sejm, also die Opposition gerichtet, deren Tätigkeit der Marschall nicht begreifen will oder kann. Aber es ist ein Eingriff Pilsudskis in die Krise in einer Art, der die Oberstengruppe in offene Frontstellung gegen die Volksmehrheit, den Sejm, bringt.

Zur gleichen Zeit, als Senatsmarschall Szymanski den Auftrag zur Kabinettsbildung erhielt, tagte der Parlamentsklub des Regierungsblocks, der eine Resolution annahm, die neue Schrecknisse gegen das Parlament richtet und erklärt, daß er es auf keinen Fall zulassen werde, daß während der Regierungskrise der Sejm tagen oder gar das Budget annehmen darf, welches nach der Annahme durch den Senat vom Sejm noch bestätigt werden muß. Damit ist der erste Vorstoß gegen den Sejm überhaupt unternommen und hier zeigen sich deutlich die Auswirkungen jener Begrüßung, die die Offiziere am 31. Oktober ihrem Kriegsminister im Sejm bringen wollten und die durch die Haltung des Sejmarschalls Daszynski paralysiert worden sind, als er in Anwesenheit der Offiziere die Sejmtagung nicht eröffnen wollte. Die Haltung des Regierungsblocks ging seit jener Zeit offen aus, auf die Verhinderung jeder Arbeit in den Kommissionen im Sejm, die aber bisher geschickt von der Opposition überbrückt wurden, allerdings hat der Ton eine Schärfe angenommen, der mit der Ankündigung einer kommenden Revolte sehr leicht zu vergleichen ist. Heute haben wir den deutlichen Beweis, die Resolution, die also besagt, daß der Sejm es nicht wagen darf, im Verlauf der Regierungskrise zusammenzutreten, seine gesetzlichen Arbeiten zu vollziehen. Was immer hinter diesen Drohungen steht, es sind Warnungszeichen für kritische Tage, die kommen sollen, falls Szymanski Kabinettsbildung mißglücken sollte.

Wenn auch der Senatsmarschall versichert, daß er in einer Aussprache mit dem Sejmklub seine Mission dahin gerichtet sieht, daß eine Zusammenarbeit mit dem Sejm und der Regierung möglich sei, so darf nicht vergessen werden, daß dies ganz davon abhängt, welche Personen in seinem Kabinett vertreten sein werden. Nun ist Professor Szymanski ein ausgesprochener Pilsudskianhänger und es wäre geradezu ein Wunder, wenn er seine Mitarbeiter nicht aus diesem Kreise wählen würde. Zwar hat er die ersten Verhandlungen mit dem scheidenden Ministerpräsidenten Bartel gehabt, über deren Ausgang noch nichts bekannt ist. Aber die Wandlung, die sich bei Bartel vollzogen hat und in seiner letzten Senatsrede zum Ausdruck kam, zeigt deutlich, daß auch bei ihm die Zusammenarbeit mit dem Sejm auf Widerstand stößt, weil er sich von den Einflüssen der Oberstengruppe nicht lösen kann, die eben ihr ganzes Werk auf die Person des Marschalls aufbaut. Da nun dieser gerade in der Zeit der Regierungsbildung seine Erklärung an den Sejm richtet und die Oberstengruppe den Sejm berührt, so wird man ohne weiteres verstehen, daß gerade diese Momente alles andere erzeugen, nur keine Stimmung, die auch nur die Möglichkeit der Zusammenarbeit des Sejms mit der kommenden Regierung Wahrscheinlichkeit werden läßt. Wenn nun ein Mann, der dem Regierungslager selbst angehört, die Kabinettsbildung übernimmt und seine Klubkollegen den Beschluß fassen, daß der Sejm in dieser Zeit nicht tagen darf, ihn also sabotieren, so wird man kaum annehmen, daß dies für die Opposition eine tragbare Basis der Verhandlungen ist.

Pilsudskis Erklärungen pflegen ja an sich immer sehr drastisch und hart zu sein. Aber es hat sich auch wiederholt gezeigt, daß er der Mann des Einlenkens ist und dies ist wohl auch die letzte Hoffnung, selbst wenn er sich in freier Soldatenart dem Staatspräsidenten zur Verfügung stellt.

## Pilsudski an die Opposition

Warum der Marschall die Kabinettsbildung ablehnt — Der „unfähige“ Sejm — Pilsudski steht dem Staatspräsidenten zur Verfügung

Warschau. Die Pilsudskistische Telegraphenagentur „Istra“, die bekanntlich der Oberstengruppe sehr nahe steht, veröffentlicht einen Artikel Marschall Pilsudskis, der aus Anlaß seines Namenstages für die Mittwoch-Morgenpresse bestimmt ist. Der Artikel wendet sich in äußerst scharfer Form an den polnischen Sejm. Pilsudski legt darin u. a. die Gründe dar, die ihn dazu bewegen hätten, die ihm vom Staatspräsidenten angebotene Regierungsbildung abzulehnen. Vor allem hindere ihn daran der krankhafte und verderbliche Zustand des augenblicklichen polnischen Parlaments, sowie die Unmöglichkeit, mit dem Sejm irgend eine Arbeit zu leisten. Der letzte und endgültige Versuch es zwischen Sejm und Regierung nicht zu einem offenen Bruch kommen zu lassen, sei die Beauftragung des Senatsmarschalls Szymanski mit der Kabinettsbildung. Sollte auch dieser Versuch mißlingen, so werde er sich selbst dem Staatspräsidenten zur Verfügung stellen und die endgültigen Folgerungen aus der Lage ziehen. Der Artikel enthält äußerst drastische Beschimpfungen des Sejms. Man glaubt in ihm die offene Drohung zu erblicken, daß Pilsudski, wenn die Neubildung der Regierung mißlingt, den Sejm auflösen und die Verfassungsreform ohne Parlament durchzuführen wird.

### Die Kampfanzeige des Regierungsblocks

Warschau. Gestern hat der B. B.-Klub im Warschauer Sejm eine Sitzung abgehalten, in der auf Antrag des Klubvorsitzenden Sławek folgende Entschliessung angenommen wurde: „Die

letzten Vorgänge im Sejm haben eine noch nicht dagewesene politische Situation geschaffen. In der Zeit von 4 Monaten haben die blockierten Oppositionsparteien bereits das zweitemal eine Regierungskrise verursacht. Die jetzige Regierungskrise fällt in die Zeit der Budgetberatungen, bevor sie beendet werden konnten. Der Mißtrauensantrag gegen den Arbeitsminister Prystor und den Kultusminister Czerninski wird heuchlerisch und mit Ignominie motiviert, während im Grunde genommen, es sich um die Posten der B. B.-Agitatoren in den Krankenkassen handelt. Gegen diese Heuchelei muß entschieden Stellung genommen werden, weil sie letzten Endes zu anarchischen Zuständen im Staate führen muß. Der B. B.-Klub stellt fest, daß der Sejm, der die Regierungskrise vor der Erledigung des Budgets, wozu er berufen wurde, verursacht, hat selbst seine Arbeit unterbrochen und er hat kein Recht seine Arbeit vor der Lösung der Krise fortzusetzen. Er darf durch Einberufung der Plenarsitzungen die schwere Aufgabe des Staatspräsidenten nicht stören.

Der B. B.-Klub, der die Praktiken des Sejms bereits durchschaut hat, erklärt kategorisch, daß er alle Versuche, die auf die Einberufung der Plenarsitzung hinauslaufen, rückwärts los bekämpfen wird und wird keine, selbst die schwersten Mittel nicht scheuen, um sie zu verhindern.

Dann wurde noch ein Antrag angenommen, dem Marschall Pilsudski eine Huldigung darzubringen.

### Das Politbüro setzt Stalins Kursänderung fort

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich jetzt auch das Politbüro der kommunistischen Partei der Sowjetunion mit der Liquidierung der individuellen Bauernwirtschaften beschäftigt. Auch das Politbüro hat beschlossen, die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaften solle langsamer vorgenommen werden, da die neu zu gründenden genossenschaftlichen Bauernwirtschaften weder das erforderliche Geld noch Maschinen oder Saatfrucht besitzen und in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder zusammenbrechen würden. Die Bildung von Kollektivwirtschaften solle nur gestattet sein, wenn eine gesunde materielle Grundlage dafür vorhanden sei, denn die Regierung könne die Kollektivwirtschaften nicht in dem erforderlichen Maße unterstützen. Dieser Beschluß des Politbüros wird in nächster Zeit durch den Rat der Volkskommissare veröffentlicht und in Kraft gesetzt werden. Man erwartet, daß mit diesem Beschluß die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaften wenigstens vorübergehend zum Stillstand kommen wird.

### Der deutsche Botschafter bei Litwinow

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der deutsche Botschafter mit Litwinow eine längere Unterredung über die deutsch-russischen Beziehungen, in der verschiedene politische Fragen, die zurzeit im Vordergrund des Interesses stehen berührt wurden.



Marcell Salzer †

Der weithin bekannte deutsche Vortragshörer Marcell Salzer ist am 17. März — wenige Tage vor Vollendung des 57. Lebensjahres — in seiner Wohnung in Berlin-Dahlemerfeld ein Herzschlage erlegen.

Man kann die ganze Situation so auffassen, daß die Drohungen von allen Regierungsseiten an den Sejm zu dem Zweck ausgesprochen werden, um die Opposition in ihrem Vorgehen zu hemmen, es darauf ankommen zu lassen, daß endlich Friede wird. Und die Opposition hat sich ja mehr als einmal als sehr gefügig gezeigt und deshalb glaubt man auch in der Oberstengruppe, daß der Trick auch diesmal gelingen wird. Allerdings darf man nach Lage der Dinge, die Kampfesstimmung nicht übersehen, die eben zum offenen Austrag zu kommen droht. Daß die Opposition solche Kampfanlagen der Oberstengruppe nicht fürchtet und ihr zu begegnen weiß, ist bekannt, aber diesmal steht Pilsudski mit seiner Erklärung dahinter. Der einzige Mann, der in die schwierige Lage eingreifen könnte und der Vermittler zwischen Opposition und Staatspräsidenten sein dürfte, der Sejmarschall Daszynski, ist durch die Angriffe des Marschalls Pilsudski derart herabgesetzt, daß er wohl für diese Mission wenig Lust verspüren wird. Und darin liegt jetzt die Tragik der Opposition. Wird sie den Kampf gegen die Oberstengruppe und damit auch gegen Pilsudski aufnehmen oder ein Kabinett einfach hinnehmen, welches die Oberstengruppe wieder in die Front setzt?

Es mag heut noch überholt erscheinen, anzunehmen, daß man zur Auflösung des Sejms schreiten wird wenn sich die Gegensätze noch mehr verschärfen sollten und dann der vielfach angedeutete Versuch unternommen wird, die Verfassungsrevision ohne den Sejm vorzunehmen und dadurch die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen. Da der Chrentag Pilsudskis am Mittwoch in Warschau gefeiert wird, ist nicht zu erwarten, daß der heutige Tag irgend eine Entscheidung bringt. Erst wenn man die Personen sehen wird oder ihre Namen kennt, die mitwirken sollen, wird sich ein Urteil über das kommende Gesicht des kommenden Kabinetts ermöglichen. Aber man darf keinen Augenblick übersehen, daß die Oberstengruppe den Sieg über den Sejm davongetragen hat und der Staatspräsident hat zunächst zu ihren Gunsten entschieden.

### Hindenburg hat unterzeichnet

Auch das Liquidationsabkommen bestätigt.

Berlin. Der Reichspräsident hat am Dienstag das deutsch-polnische Liquidationsabkommen enthaltende „Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles 10 des Vertrages von Versailles“ unterschrieben und bei dieser Gelegenheit an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in welchem er nochmals seinen Standpunkt darlegt.

### Reichsregierung und Polenverträge

Berlin. An zuständiger Berliner Stelle legt man im Gegenjag zu Meinungen in der Presse Wert auf die Feststellung, daß die Reichsregierung keineswegs die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens hinausgezögert habe, sondern daß die Verzögerung lediglich auf die Warschauer Regierungskrise zurückzuführen gewesen sei. Auch die noch ausstehende Entscheidung des Reichspräsidenten über das Liquidationsabkommen habe selbstverständlich keinerlei Rolle dabei gespielt. Ebenjowenig könne davon die Rede sein, daß die schwebenden zollpolitischen Erwägungen Einfluß auf den Zeitpunkt der Unterzeichnung gehabt hätten, zumal der Vertrag uns zollpolitisch völlig freie Hand lasse. Auch die Behauptung, daß die Regenerzölle ermäßigt worden seien, trifft nicht zu. Dagegen seien selbstverständlich die bisherigen Kampfzölle abgebaut.

### Stimmenzuwachs der Linken in Frankreich

Paris. In zwei französischen Provinzdepartements zeigen sich Wahlergebnisse zur Kammer einen allgemeinen Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung. Im Arrondissement Nanteuil, wo die Sozialisten 1928 überhaupt keinen Kandidaten aufgestellt hatten, erhielten sie jetzt über 1600 Stimmen von 14 000 oder mehr als zehn Prozent. Der Radikal-Sozialist Cadorel erhielt 5500 Stimmen. Die reaktionäre demokratisch-republikanische Union hat fast die Hälfte ihrer Wähler eingebüßt.

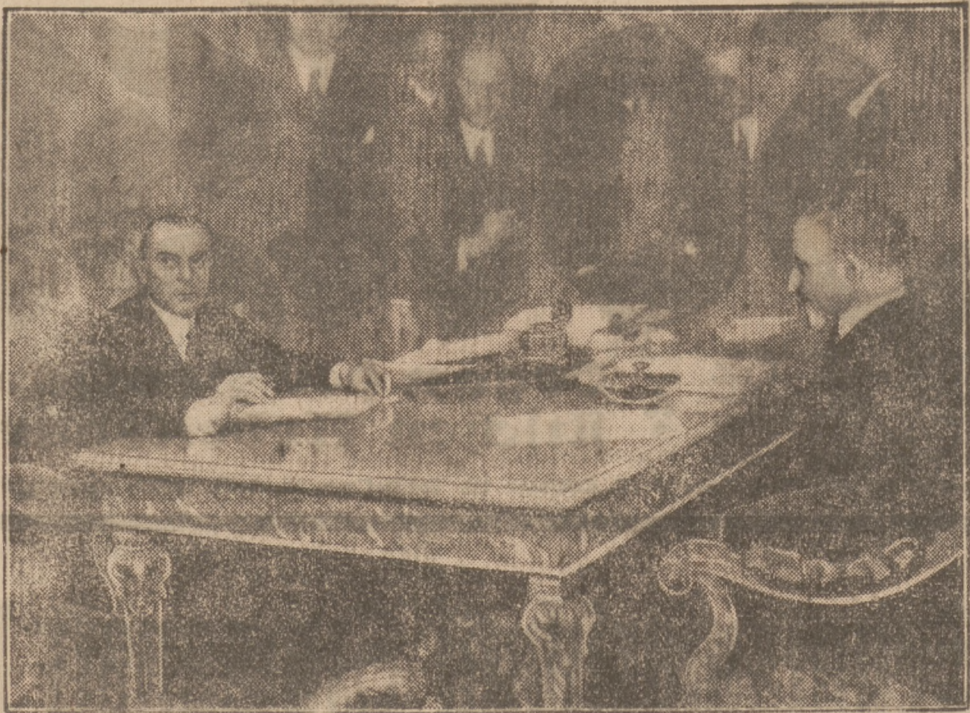
Auch im Arrondissement Donfront, einer der Hochburgen der Reaktion, wo Erziehungswahlen für einen krankheitshalber ausscheidenden Abgeordneten stattfanden, ist die Stimmenzahl der demokratisch-republikanischen Union von 14 000 auf 10 500 zurückgegangen, während die Stimmen der Linken von 5000 auf 7000 gestiegen sind.

### Neuer Krieg in China?

Yen und Fong gegen Chiangkai-shek.

London. Präsident Chiangkai-shek befürchtet einen gemeinsamen Angriff der beiden Generale des Nordens Yen Hsi-shan und Fong, gegen die Nankingregierung. Nach den vorliegenden Nachrichten soll der Vormarsch längs der Peking-Hankau- und der Tientsin-Kauau-Eisenbahn erfolgen.

# Die Unterzeichnung des deutsch-poln. Handelsvertrages



die am Abend des 17. März in Warschau durch den deutschen Gesandten Kaufher (links) und den bevollmächtigten polnischen Minister Twardowski (rechts) vollzogen wurde. Hiermit hat der mehrjährige Zollkrieg zwischen beiden Ländern sein Ende gefunden.

## Gründung einer deutsch-polnischen Handelskammer

Breslau. Nachdem der Handelsvertrag mit Polen zum Abschluß gekommen ist, hat der im Mai 1927 gegründete deutsch-polnische Wirtschaftsbund mit dem Sitz in Breslau nach Zustimmung mit den maßgebenden Wirtschaftskreisen seine Umwandlung in eine deutsch-polnische Handelskammer vollzogen. Die handelsgerichtliche Eintragung ist bereits erfolgt.

Dem Vorstand des bisherigen Wirtschaftsbundes gehören eine Reihe erster Vertreter der schlesischen und der sächsischen Industrie sowie des Großhandels und der Banken an. Vorsitzender ist der Präsident der Industrie- und Handelskammer und Mitglied des Reichswirtschaftsrats Dr. j. ing. h. c. Grund. Von den mehreren 100 Mitgliedern haben schon jetzt weit über die Hälfte ihren Sitz außerhalb Schlesiens. In der in Kürze einuberufenen Generalversammlung soll über die Ausdehnung des Tätigkeits-

Bereichs der neuen Handelskammer Beschluß gefaßt werden. Der Vorstand wird erweitert werden, insbesondere durch Vertreter der Spitzenvereine und führenden Persönlichkeiten aus dem Reich. Eine Zweigstelle ist inzwischen in Berlin errichtet worden und steht unter Leitung von Dr. Haslach. Die großen Vorteile, die in dem umfassenden Archivmaterial, in denen die bisher geleisteten, an Umfang und Erfahrung reichen Arbeiten enthalten sind, werden nunmehr auf die Handelskammer übergehen. Zweigstellen hat das neue Institut zur Vertiefung der bestehenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen beigetragen. Die Geschäftsräume der deutsch-polnischen Handelskammer befinden sich in Breslau 1, Wallstraße 2, die der Berliner Zweigstelle in Berlin W. 8, Charlottenburgerstraße 46.

## Neue Krise in Berlin

Arbeitslosenfürsorge und Finanzreform — Kampfansage an die Sozialdemokratie — Wiffel gegen Moldenhauer

Berlin. Die Desavouierung des Reichsfinanzministers Moldenhauer durch den Reichsarbeitsminister Wiffel im Haushaltsausschuß des Reichstages hat in parlamentarischen Kreisen größtes Aufsehen erregt. Bekanntlich hatte Dr. Moldenhauer in seiner Hamburger Rede am Sonntag programmatische Ausführungen über das Finanzprogramm der Reichsregierung gemacht und u. a. zur Frage der Arbeitslosenversicherung mitgeteilt, daß zur Zeit eine Prüfung der Reichsanstalt durch den Reichsparlamentarier stattfinden und dem Vorstand der Reichsanstalt abgegeben sei, auch seinerseits Vorschläge über eine anderweitige Festlegung der Leistungen zu machen. Heute erklärte im Ausschuß Reichsarbeitsminister Wiffel, daß Moldenhauer in Hamburg nicht als Minister, sondern als Privatmann gesprochen habe und daß er, Wiffel, von der Notwendigkeit eines organisatorischen Umbaus der Arbeitslosenversicherung nichts gespürt habe. Diese aufsehenerregende Desavouierung eines Kabinettsmitgliedes durch das andere führte zur Vertagung der Ausschußverhandlungen, da sich die Finanzierung des Reichsfinanzministers zu den Beratungen als notwendig erwies. In der Aussprache erklärte der Zentrumsg-

ordnete Dr. Köhler, daß offenbar der Reichsarbeitsminister einen Teil seines Haushaltes nicht zu vertreten in der Lage sei. Der deutsch-nationale Abgeordnete Schmidt-Zettin erklärte, daß es vollkommen unmöglich sei, der Öffentlichkeit zumuten, einen Unterschied zu machen, ob ein Minister als solcher oder als Privatmann gesprochen habe. Für die Deutsche Volkspartei sprach sich Abg. Morath für die Abhebung der mit der Arbeitslosenversicherung zusammenhängenden Haushaltskapitel aus, weil durch die sozialdemokratische Anfrage über die Rede des Finanzministers in Hamburg und die Antwort des Reichsarbeitsministers eine Lage entstanden sei, die die Fortsetzung der Aussprache über die Arbeitslosenversicherung in Gegenwart des Reichsfinanzministers notwendig mache.

### Sozialistischer Sieg in Argentinien

Ueberwiegende Wahlmehrheit in Buenos Aires.

Das jetzt für die Bundeshauptstadt vorliegende endgültige Ergebnis der am 2. März veranstalteten Wahlen zur Erneuerung der Hälfte der Abgeordnetenmandate bedeutet einen in seinem Ausmaß überraschenden Sieg der Sozialisten beider Richtungen auf Kosten der Partei des Präsidenten Trigogon. Die „Personallisten“, auf die sich Trigogon stützte, erhielten 26 153 Stimmen, während es die Sozialisten auf 29 279 und die von ihnen abgefallenen „unabhängigen Sozialisten“ auf 26 427 Stimmen brachten.

### London und Paris zuversichtlich

London. Im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen der Flottenkonferenz ist in einem Teil der englischen Presse heute ein ausgeprägter Umschwung zugunsten Italiens festzustellen. Der „Daily Herald“ bezeichnet die Berichte, wonach England und Frankreich gegen Italien zusammenarbeiten sollen, als irreführend und schädlich. Er hatte aber noch bis gestern keine Gelegenheit verpaßt, um mit ausgeprägter Spitze gegen Italien eine Darlegung tragbarer italienischer Zahlen unter Berücksichtigung der französischen Bedürfnisse zu verlangen. Die „Times“ sagt, die italienisch-französischen Meinungsverschiedenheiten bleiben das entscheidende Hindernis für ein Bündnisabkommen, während sich die Möglichkeit für ein Dreimächteabkommen durch die inzwischen aus Tokio kommenden stärkeren Anzeichen einer japanischen Ablehnung der letzten amerikanischen Vorschläge zum mindesten erheblich vermindert hat.

Im Laufe der Woche werden die offiziellen Verhandlungen auf französischem Wunsch so gut wie ruhen, da Tardieu wegen Ueberlastung sich erst für das Wochenende wieder für die Verhandlungen frei machen kann. Mit Ausnahme eines kleinen Kreises besteht heute nirgends mehr Zweifel, daß die Ergebnisse der Flottenkonferenz im besten Fall nur noch ein Bruchstück von dem sein können, was ursprünglich erhofft wurde.



Bordeaux verschanzt sich gegen das Hochwasser der Garonne durch Dämme, die in der Nähe der bedrohten Stadt durch Pioniertruppen aufgeworfen werden.











